

## PRESSEMITTEILUNG

### Es geht um viel: Jetzt Politik für alle Beschäftigten machen!

11. November 2021

Die Phase der Arbeit thematischer Arbeitsgruppen in Zuge der aktuellen Koalitionsverhandlungen ging gestern um 18.00 Uhr zu Ende. Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht sich für bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten stark.

In einem aktuellen Brief an die Abgeordneten des neuen Bundestages von SPD und Bündnis 90/ die Grünen aus Nordhessen begrüßte Jenny Huschke, Regionsgeschäftsführerin des DGB in Nordhessen, die Ankündigung der Ampel-Parteien, das Land erneuern zu wollen.

„Wir brauchen einen klaren Fokus auf gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten“, so Huschke. „Die künftige Bundesregierung muss für die zukünftige Arbeitswelt im Angesicht von Klimawandel und Digitalisierung wichtige Entscheidungen treffen und Investitionen auf den Weg bringen. Die Wählerinnen und Wähler haben den drei Parteien einen Vertrauensvorschuss gegeben. Diesen müssen die „Ampel-Verhandler\*innen“ nun einlösen und die Hoffnungen der Beschäftigten auf sichere Perspektiven erfüllen.“

Die Kernforderungen des DGB und seiner Gewerkschaften betreffen die Themen Arbeitszeit, Ausbildung, prekäre Beschäftigung (Minijobs und Befristungen), Tarifbindung und Mitbestimmung sowie Investitionen:

#### 1. Hände weg vom Arbeitszeitgesetz!

Das Arbeitszeitgesetz ist ein Gesetz, das Beschäftigten den Mindestschutz für Ruhezeiten und Obergrenzen bei der Arbeitszeit garantiert - so wie das Mindestlohngesetz die Untergrenze der Abweichung beim Entgelt garantiert. Die These, das Gesetz sei zu starr und unflexibel, ist falsch. Die bestehenden Gestaltungsspielräume der Tarifpartner sind ausreichend. Es ist ein eklatanter Widerspruch im Sondierungspapier, einerseits die Tarifbindung stärken zu wollen und andererseits die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren.

#### 2. Junge Beschäftigte brauchen Sicherheiten!

Noch nie gab es so wenige Ausbildungsverträge wie zuletzt. Nur noch 20 Prozent der Betriebe bilden aus. Gleichzeitig wächst in der Transformation der Bedarf an qualifizierten

**Region Nordhessen**

PM

**Jenny Huschke**  
Regionsgeschäftsführerin

Jenny.Huschke@dgb.de

Telefon: +49 561 72095 20

Mobil: +49 171 760 1939

Spohrstraße 6-8  
34117 Kassel

[www.nordhessen.dgb.de](http://www.nordhessen.dgb.de)

Fachkräften. Der DGB fordert daher eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie. Zu ihrer Finanzierung müssen die Betriebe über einen Zukunftsfonds herangezogen werden.

### **3. Für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: prekäre Beschäftigung zurückdrängen!**

Die im Sondierungspapier formulierte Regelung zu den „Minijobs“ lehnt der DGB ab. Sie steht im Widerspruch zu der ebenfalls formulierten Intention zu „verhindern, dass Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse missbraucht oder zur Teilzeitfalle insbesondere für Frauen werden“. Wir plädieren für eine Sozialversicherungspflicht vom 1. Euro an; also für eine Reform der Minijobs, mit der Minijobber\*innen sozial besser abgesichert werden. Zweitens fordert der DGB die künftige Bundesregierung auf, endlich das Befristungsrecht zu reformieren. Befristung erschwert die Lebensplanung insbesondere von jungen Beschäftigten und ihren Familien. Erforderlich sind die ersatzlose Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und von Kettenbefristungen.

### **4. Stärkung der Tarifbindung und Mitbestimmungsrechte!**

Im Sondierungspapier wurde angekündigt, die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte zu verbessern. Der DGB begrüßt das ausdrücklich. Der DGB erwartet von der künftigen Bundesregierung ein Bundestariftreue- und Bundesvergabegesetz, eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit, die Abschaffung von „Ohne-Tarif“-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden und die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederungen. Zudem fordert der DGB die künftige Bundesregierung auf, die digitalen Zugangsrechte von Gewerkschaften und Betriebs- und Personalrät\*innen zu erweitern. Schließlich müssen die Unternehmensmitbestimmung weiterentwickelt und rechtliche Schlupflöcher zu ihrer Umgehung geschlossen werden.

### **5. Sicherheit im Wandel durch mehr Zukunftsinvestitionen**

SPD, Bündnis 90/Grüne und FDP haben erheblichen Investitionsbedarf für die klimaneutrale Modernisierung des Landes festgestellt. Sie haben leider nicht formuliert, wie die öffentlichen Investitionen finanziert werden sollen. Eine solche Klarstellung ist aus Sicht des DGB überfällig, auch im Sinne der Planungssicherheit. Als wesentlich sieht es der DGB an, alle Spielräume zur Kreditfinanzierung zu nutzen. Die Schuldenbremse wirkt hierbei wie eine Zukunftsbremse. Es braucht mehr Spielräume und Ausnahmen für (Zukunfts-)Investitionen sowie die Bewältigung der Transformation. Dies kann auch durch öffentliche Investitionsgesellschaften umgesetzt werden.

### **6. Besser zusammen - für einen integrierten DB-Konzern. Keine Trennung von Netz und Betrieb.**

In Abstimmung mit dem Geschäftsstellenleiter der EVG Kassel, Andreas Güth, wies Huschke auch die Pläne nach einer Aufspaltung der DB AG in Netz und Schiene zurück. „Wer sichere Arbeitsplätze statt Existenzangst, gemeinsame Tarifpolitik statt einen Flickenteppich und Schiene mit Zukunft statt Stillstand wolle, der dürfe diesen Schritt nicht gehen“, so Huschke.

Eine Integrierte DB AG ist als Systemführerin zu denken. Denn sie bietet Mobilitätssicherung statt Mobilitätsausfälle. Das hat sich u.a. in der Pandemie deutlich gezeigt. Den Deutschlandtakt gilt es vorantreiben statt zu gefährden. Das Beispiel Schweiz zeigt, dass sich ein landesweiter Taktfahrplan am besten im integrierten Modell umsetzen lässt. „Schienennationen“ wie die Schweiz, Japan oder Russland haben integrierte Bahnen.

Die Trennung von Netz und Schiene wird den kritisierten Regulierungsaufwand nicht verringern. Das EU-Recht beinhaltet viele Regulierungsvorschriften, die erheblichen Mehraufwand für die Unternehmen bedeuten. Diese Vorschriften blieben auch bei getrennten Unternehmen gültig. Auch bliebe der Bund sowohl Eigentümer des Netzes als auch der Verkehrsunternehmen. Von Befürwortern ins Feld geführte Interessenkonflikte werden mit einer Trennung von Netz und Schiene also nicht gelöst.